



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Dr. Axel Troost


Mitglied des Deutschen Bundestages


Dr. Axel Troost, MdB · Deutscher Bundestag 11011 Berlin

Deutscher Bundestag - Jakob-Kaiser-Haus
Haus Süd, Raum 3.849
Wilhelmstr. 68 A
11011 Berlin

 (030) 227 - 71 286
 (030) 227 - 76 286

 axel.troost@bundestag.de

Mobil  0172 - 540 38 01

 privat: axel.troost@t-online.de

Website: www.axel-troost.de

An die
Sparerinnen und Sparer
der Kaupthing Edge Deutschland

Berlin, den 27. Oktober 2008

Ihre Einlagen

Sehr geehrte Sparerinnen und Sparer der Kaupthing Edge Deutschland,

vielen Dank für Ihre Schreiben, die uns in hoher Anzahl erreicht haben. Ihre Einwände dagegen, dass die Garantie der Kanzlerin über alle Spareinlagen für Ihre Einlagen nicht gelten solle, halten wir für vollkommen berechtigt.

In ihrer Regierungserklärung vom 7. Oktober versprach Angela Merkel: „Kein Sparer muss um seine Einlagen fürchten. Diese Zusage gilt.“ Berufen Sie sich darauf. Selbst wenn Merkel ihre Zusage im Kleingedruckten auf nationale Kreditinstitute bezog – sie tat es unabhängig davon, ob eine Bank lediglich unter die gesetzliche, europäisch vereinbarte Mindestsicherung von 20.000 Euro fällt oder darüber hinaus dem freiwilligen Einlagensicherungsfonds angehört. Von insgesamt 213 deutschen Privatbanken sind lediglich 180 Mitglied der freiwilligen Einlagensicherung. Es bleiben also auch in Deutschland 33 Privatbanken, die sich mit der gesetzlichen Mindestsicherung begnügen und nun gleichwohl von der staatlichen Komplett-Zusage profitieren. Im Fall der Kaupthing Bank ist die Bundesregierung gefordert, die Ernsthaftigkeit ihres Versprechens zu zeigen.

Die Linksfraktion arbeitet daran, die Stabilität des Finanzsektors zu gewährleisten, indem die Finanzbranche selbst in die Pflicht genommen wird. Es darf nicht der individuellen Risikobereitschaft überlassen bleiben, die Aussicht auf höhere Zinsen mit einem höheren Verlustrisiko zu erwerben, wenn dies die Stabilität des Finanzsystems gefährdet. Zugleich dürfen es nicht die Steuerzahlerinnen und -zahler sein, die im Verlustfall haften. Deshalb hat die Linkfraktion einen zusätzlichen Sicherungsfonds für private Banken konzipiert und als Antrag eingebracht:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/088/1608888.pdf>.

Noch am 24. September diesen Jahres lehnten die übrigen Parteien den Antrag als unnötig ab. In ihrem Sofortprogramm fordert die Partei DIE LINKE einen Finanz-TÜV, der Finanzinstrumente vor ihrer Zulassung auf Zweckmäßigkeit und Destabilisierungspotenzial prüft:




<http://www.die-linke.de/index.php?id=2684>.


Darüber hinaus setzen wir uns für eine stärkere Finanzaufsicht ein, die sich ebenso auf Geschäftsmodelle erstreckt.


Ihnen wünschen wir eine baldige Klärung über Ihre Einlagen.

Mit freundlichen Grüßen für die Fraktion DIE LINKE.

Abgeord.-Büro Bremen: (Kontakt Jörg Güthler): Doventorstr. 2, 28195 Bremen

 0421 - 165 39 74  0421 - 178 39 80  axel.troost@wk.bundestag.de

Abgeord.-Büro Leipzig: Braustr. 15, 04107 Leipzig, Tel/Fax 0341 - 308 58 45  mdb.axel.troost.leipzig@web.de

Kontakt Enrico Stange:  0163 - 162 32 19